

<b>Protokoll:</b>	<b>Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	38
		<b>TOP:</b>	2
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	837/2022
		<b>GZ:</b>	WFB
<b>Sitzungstermin:</b>	17.03.2023		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BM Fuhrmann		
<b>Berichterstattung:</b>	Frau Stahl-Polziehn (Stkäm)		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Sabbagh		
<b>Betreff:</b>	<b>Beteiligungsbericht 2021 der Landeshauptstadt Stuttgart</b>		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungen vom 07.03.2023, GR Drs 837/2022. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Zunächst begründet BM Fuhrmann die verspätete Vorlage des Berichts mit der Verzögerung beim Jahresabschluss der Stadtwerke und somit auch der SVV. Nichtsdestotrotz bietet der Bericht immer die Gelegenheit, einen Blick auf die guten Beteiligungsgesellschaften und Eigenbetriebe zu werfen.

Anschließend erläutert Frau Stahl-Polziehn den Bericht. Dabei schickt sie voraus, dass der Beteiligungsbericht 2022 wie üblich Ende 2023 zu erwarten sei. Zum aktuell vorliegenden Bericht betont sie, die Beteiligungsunternehmen hätten trotz der Corona-Krise, die ja in vielen Bereichen noch nicht überwunden sei, weiter erheblich investiert.

Dies zeige sich auch am erneut gestiegenen Bilanzvolumen. Das im Vergleich zu 2020 leicht gesunkene Investitionsvolumen beruhe darauf, dass 2020 das Druck- und Hochspannungsnetz erworben worden sei. Insbesondere beim Klinikum, der AWS, den Stuttgart Netzen und den SWS sei das Personal deutlich aufgestockt worden. Die Gesellschaften - im Wesentlichen die SSB, das Klinikum, die Messe und der Flughafen - hätten auch 2021 noch Corona-Hilfen erhalten. Dies werde sich 2022 auf die SSB beschränken.

Im Ausblick auf die nächsten Jahre legt sie dar, die Beteiligungsstruktur werde sich 2023 ändern. Anfang 2023 sei die Projektgesellschaft Oper gegründet worden, die nun sukzessive ihre Arbeit aufnehmen werde: die Sanierung des Littmann-Baus und die Errichtung der Interimsoper. Mit der Berichterstattung zur Nachhaltigkeit habe man sich bereits beschäftigt. Dies werde viele Gesellschaften im Beteiligungsportfolio betreffen, die großen Kapitalgesellschaften wie die SSB, die Messe, den Flughafen, die SWS und vermutlich auch das Klinikum. Wenn nun allerdings die Nachhaltigkeitsberichterstattung, so wie sie von der EU für große Kapitalgesellschaften vorgesehen sei, eins zu eins in Bundes- und Landesrecht umgesetzt werde, drohe den Unternehmen eine sehr umfangreiche Nachhaltigkeitsberichterstattung. Diese sei grundsätzlich sinnvoll und alternativlos, sollte aber angemessen sein. Kleinere und mittlere kommunale Gesellschaften seien damit überfordert. Sie arbeite in einer Arbeitsgruppe mit, die sich darum bemühe, hier Regeln für eine angemessene Berichterstattung zu erstellen. Dabei seien auf der Ebene des Deutschen Städtetags bereits Impulse geliefert worden. Die Nachhaltigkeitsberichterstattung werde sich anschließend auch im Beteiligungsbericht auswirken. Die Stadtkämmerei werde alle Beteiligungsunternehmen der Stadt auffordern, für den nächsten Bericht die Informationen über ihr Agieren in puncto Nachhaltigkeit etwas prägnanter darzustellen. Vielleicht könnte dies die Unternehmen dazu motivieren, hier mehr zu tun. Mit dieser "Brücke" wolle man die Lücke schließen, bis die gesetzlichen Anforderungen 2025 in Kraft träten.

Die Vertreter\*innen der Fraktionen danken den an der Erstellung Beteiligten für den ausführlichen und transparenten Bericht, der trotz seines Umfangs noch lesbar sei.

StRin Fischer (90/GRÜNE) begrüßt die Aufnahme der Frauenquote in den Bericht. Sie hoffe, dass die Unternehmen bei der Lektüre die richtigen Schlüsse daraus zögen. Ihre Fraktion wolle in den entsprechenden Gremien Maßnahmen für eine Erhöhung der Frauenquote insbesondere in Führungspositionen einfordern. Als große Leistung würdigt sie die Harmonisierung der Eigenbetriebe, sodass man eine gute Übersicht über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie die Investitionen habe. Sie gratuliert den Unternehmen, die trotz der Krise besondere Auszeichnungen erhalten hätten. Gleichwohl hätten die anderen Unternehmen ebenfalls hervorragend gearbeitet. Ihrer Fraktion sei immer schon ein großes Anliegen gewesen, nicht ausschließlich die finanzielle Seite eines Unternehmens zu betrachten, sondern auch den Unternehmenszweck, der sich am Gemeinwohl orientiere. Die Richtlinien der EU seien hier teilweise hilfreich, da sich im Gemeinderat oft nur schwer Mehrheiten für solche Themen finden ließen. Im Hinblick auf Klimavorgaben der EU habe sich das mittlerweile geändert. Für den Nachhaltigkeitsbericht wünsche sie sich zum einen eine klare Ausrichtung und zum anderen, dass dieser nicht zu komplex gerate.

Zur Nachhaltigkeitsberichterstattung erklärt StRin Porsch (CDU), hier gelte es zu beachten, dass kein "Bürokratiemonster" entstehe. Dies betreffe ja nicht nur die Stadt, son-

dern die gesamte Wirtschaft. Es sei sinnvoller, hier voranzukommen statt eine Unmenge an Formularen auszufüllen.

Ihm sei bei der Lektüre des Berichts aufgefallen, so StR Dr. Jantzer (SPD), dass sich die Hilfen der Bundesregierung auf das Ergebnis sehr stark auswirkten. Der Bund habe erhebliche Schulden gemacht, um die Kommunen zu entlasten. Ein Blick auf die Investitionsbereiche zeige, dass 2021 gerade die SWS 50 % weniger investiert hätten. Das müsse auf jeden Fall geändert werden, wenn man die Klimaneutralität erreichen wolle. Er hoffe, dass sich dies im nächsten oder spätestens übernächsten Bericht anders darstelle. Großartig sei die gute Eigenfinanzierungskraft der Stadt und der Beteiligungsunternehmen. Bei den Frauenquoten falle ihm auf, dass in den Führungspositionen der Stadt ohne die Eigenbetriebe 34 % Frauen arbeiteten, in den Beteiligungsunternehmen 42 %. Daraus sollte sich in der politischen Arbeit ein Handlungsfeld ergeben. Kritisch merkt er zum Vorwort in einfacher Sprache an, die Formulierung "Manche Menschen in der Stadt können keine Wohnung bezahlen, weil sie kein Geld haben. Die können dann in einem Wohnheim übernachten" treffe nicht die Leistung der SWSG. Er schlägt deshalb vor, beim nächsten Bericht eher so zu formulieren: "Viele Menschen können keine hohen Mieten bezahlen. Für sie baut die Stadt günstige Wohnungen." Was die Nachhaltigkeitsberichterstattung anbelange, so hoffe er, dass die Bundesregierung entsprechend handle.

StRin Tiarks (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) weist darauf hin, dass für ihre Fraktion nicht alle im Bericht aufgeführten Unternehmen zur Daseinsvorsorge gehörten. Z. B. gehöre für sie der Flughafen nicht dazu, und Investitionen in die Schleyerhalle sehe sie nicht als angemessen an. Stattdessen müsse günstiger Wohnraum geschaffen werden. Mit Blick auf die Frauenquote weist sie nicht nur auf den Unterschied bei den Führungspositionen zwischen Stadtverwaltung und Beteiligungen hin, sondern auch auf die bei den Beteiligungsunternehmen und Eigenbetrieben geringere Teilzeitquote der Frauen. Hier lohne evtl. ein Blick darauf, was die Beteiligungsunternehmen besser machten als die LHS. Auffällig sei die niedrige Frauenquote bei den Aufsichtsräten und anderen Gremien. Nachholbedarf sieht sie auch bei der Schwerbehindertenquote. Gerade dort sollte die LHS als Vorbild vorangehen. Sie begrüßt die Nachhaltigkeitsberichterstattung und hofft ebenfalls auf einen guten Kompromiss. Auch wenn dieser noch nicht Pflicht sei, sollte ihrer Ansicht nach jeder Betrieb wenigstens drei Sätze dazu schreiben. BM Fuhrmann weist darauf hin, dass die Besetzung der Aufsichtsräte zum Teil vom Gemeinderat entschieden werde.

Zur Nachhaltigkeitsberichterstattung merkt StR Neumann (FDP) an, zunächst sei es gut, dass nun ein Standard festgelegt werde. Darüber hinaus beobachteten kleinere Unternehmen, was die großen Industriebetriebe machten. Er hoffe ebenfalls, dass die EU ihre Vorstellungen noch korrigiere.

StR Puttenat (PULS) schließt sich seinen Vorredner\*innen bezüglich des Nachhaltigkeitsaspekts und der Frauenquote an.

Die Qualität des Berichts als Nachschlagewerk zum ganzjährigen Gebrauch lobt StR Zaiß (FW).

StR Köhler (AfD) weist darauf hin, dass man beim Berichterstattungswesen und generell bei Statistiken Maß halten sollte, da dies für die Unternehmen eine deutliche Belastung darstelle. Damit baue man Bürokratie auf, statt sie abzubauen.

BM Fuhrmann bedankt sich für die Rückmeldungen und Anregungen, die die Verwaltung berücksichtigen werde. Weiter dankt er Frau Stahl-Polziehn und ihrem Team für das für die Stadt äußerst wertvolle Werk und auch für das Bemühen, in der Arbeitsgruppe einen Alternativvorschlag zur Nachhaltigkeitsberichterstattung zu erarbeiten, um ein "Bürokratiemonster" möglichst zu vermeiden.

Abschließend stellt der Vorsitzende Kenntnisnahme des Berichts fest.

Zur Beurkundung

Sabbagh

## Verteiler:

- I. Referat WFB  
zur Weiterbehandlung  
Stadtkämmerei (2)  
WFB-K  
LMS  
HSG  
in.Stuttgart  
MSG  
SM  
SWS  
SWSG  
VMS  
weg. VA, GR
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister  
SSB
  2. S/OB
  3. *Referat AKR*  
*Haupt- und Personalamt*  
*Rechtsamt*
  4. *Referat SI*  
*ELW*
  5. Referat T  
Tiefbauamt/SES  
AWS (2)  
STB (2)
  6. GPR (2)
  7. Amt für Revision
  8. L/OB-K
  9. Hauptaktei
  
- III.
  1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
  2. CDU-Fraktion
  3. *SPD-Fraktion*
  4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION*  
*LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
  5. *FDP-Fraktion*
  6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
  7. *Fraktion FW*
  8. *AfD-Fraktion*

*kursiv = kein Papierversand*